

**Rede
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und kulturpolitischen
Sprechers**

Stefan Politze, MdL

zu TOP Nr. 36

**Haushaltsberatungen 2019 - Haushaltsschwerpunkt
Kultus**

während der Plenarsitzung vom 11.12.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Julia Willie Hamburg, ich greife einmal auf, was Sie am Anfang Ihrer Rede ausgeführt haben, insbesondere zum Thema Inklusion und Schulsozialarbeit. Ich vermisse genau diese Punkte, die Sie gerade kritisiert haben, in Ihren Haushaltsbegleitanträgen, die Sie gestellt haben. Ich kann darin nichts Nachhaltiges finden, das Sie genau in diesem wichtigen Bereich fortsetzen oder einsetzen wollen.

Zunächst möchte ich aber nicht versäumen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium und allen in der Bildung Tätigen dafür zu danken, dass sie in Bildung tätig sind, aber auch für uns hier im Parlament tätig sind und mitgewirkt haben, dass dieser Haushalt aufgestellt werden konnte und dass der Haushalt dann am Ende umgesetzt und mit Leben gefüllt werden kann.

In der vergangenen Wahlperiode ist der Kultusetat um 1 Milliarde Euro gesteigert worden, von 4,9 Milliarden Euro auf 5,9 Milliarden Euro. In dem Mittelfristzeitraum wird der Kultusetat auf insgesamt 7,4 Milliarden Euro ansteigen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das kann man wohl als nachhaltig beschreiben. Deswegen kann ich die Kritik an dieser Stelle nicht verstehen. Das ist ein weiterer Aufwuchs um über 25 Prozent und der Nachweis dafür, dass Bildung auch weiterhin ein Kernstück dieser Regierungspolitik und dieses Kultusministers ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich werde mich in meinem Beitrag auf den Schulbereich beschränken, weil der Kollege Uwe Santjer den frühkindlichen Bereich abdecken wird - nicht damit man ihm wieder vorhält, er dürfe nicht reden, sondern weil er das Thema qualitativ ausfüllt, was man bei manch anderem Redner nicht sagen kann, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Was den Bereich der Lehrkräftegewinnung anbelangt, kann ich feststellen, dass wir mit dem Nachtragsetat bereits 1.000 Stellen zusätzlich auf den Weg gebracht haben - Stellen, die zusätzlich zu dem hohen Stand hinzugekommen sind, meine

sehr geehrten Damen und Herren - und dass von den 2.000 ausgeschriebenen Stellen 1.980 besetzt worden sind, also fast eine Punktlandung von 100 Prozent erzielt worden ist, und dass wir damit auch dem Rechnung tragen, was wir beim G9 abbilden müssen. Wir sind in der Hinsicht gut vorbereitet. Wir werden auf diesem hohen Stand die Lehrkräfte im System behalten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Zum Projekt Schule PLUS ist zu sagen, dass wir hiermit sehr deutlich auf Probleme in einzelnen Regionen reagieren, dass wir auf soziale Verwerfungen in einzelnen Schulbezirken und an einzelnen Schulen reagieren. Wir brauchen in einzelnen Regionen und an einzelnen Schulen besondere Lösungen. Von daher finde ich es sehr gut, dass wir hier mit dem Projekt Schule PLUS modellhaft starten - in 4 ausgewählten Kommunen an 20 Schulen und 20 Standorten.

Am Ende dieses modellhaften Prozesses wird natürlich eine Auswertung stehen. An dieser Stelle nehme ich Ihre Kritik, Frau Hamburg, auf, die Sie geäußert haben. Wir haben uns im Kultusausschuss einvernehmlich darauf verständigt, dass wir den Blick über den Tellerrand hinaus werfen wollen, dass wir uns von Kommunen, die es anders machen, von Ländern, die es anders machen, unterrichten lassen wollen, und dass wir Sozialindikatoren beleuchten wollen. Von daher verstehe ich Ihre Kritik nicht. Sie greifen dem, was wir beschlossen haben, vor. Die Anhörung findet im Februar nächsten Jahres statt. Also: Wir wischen sie nicht vom Tisch. Von daher kann ich Ihre Kritik nicht so ganz nachvollziehen.

Ich glaube, dass wir mit dem Projekt Schule PLUS auf dem richtigen Weg sind. 300 Stunden sofort in den Schulen, 75 zusätzliche Vollzeitlehreinheiten und 25 Schulsozialarbeiter untermauern die Tatsache, dass das nicht nur ein Lippenbekenntnis, sondern eine tatsächlich gute Maßnahme und eine deutliche Maßnahme zur Qualitätssteigerung ist.

Im Haushalt der Landesregierung ist auch die Schulsozialarbeit weiterhin ein Thema. In den nächsten drei Jahren erfolgt der vereinbarte Aufwuchs bei der Schulsozialarbeit um weitere 200 Stellen. Und die Koalitionsfraktionen haben zu diesen 200 Stellen noch einmal 50 obendrauf gelegt. Dass da Stillstand herrscht,

kann ich an dieser Stelle nicht erkennen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir setzen damit im Übrigen auch den Koalitionsvertrag entsprechend um.

Damit wird in diesem Bereich ein Weg weitergegangen, der fester Bestandteil von Schule sein muss, der sich nicht nur auf Hauptschulprofilierungsprogramme, sondern auf alle Schulen beziehen soll, der das Thema Ganztage stärken soll, der das Thema Grundschulen stärken soll.

Ein weiterer richtiger Weg ist auch die Revisionsklausel im Inklusionskostenfolgegesetz. Es hat sich herausgestellt, dass die Kommunen mehr Geld brauchen. Auch dem tragen wir Rechnung. Deswegen ist im Haushalt abgebildet, dass künftig über 33 Millionen Euro - bisher waren es 30 Millionen Euro - für die Inklusionsfolgekosten ausgegeben werden sollen.

Ich finde den Haushaltsantrag der AfD bemerkenswert. 34 Millionen Euro in diesem Bereich herausszureichen, Herr Rykena, das ist schon etwas Besonderes. Das ist ein besonderer Schlag in das Gesicht der Kommunen, die hier, an dieser Stelle, entlastet werden. Den wählen Sie bewusst, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Aber man kann das auch anders sagen. Diese 34 Millionen Euro sind 700 Lehrerstellen, die weg sind. Die Kollegin Heiligenstadt hat das heute Morgen ausgeführt. Wenn Ihr Meldeportal an den Start geht, kalkulieren Sie wahrscheinlich ein, dass Sie diese 700 missliebigen Lehrer nicht mehr brauchen. Das wird wahrscheinlich der Hintergrund Ihres merkwürdigen Haushaltsantrages sein.

Die Besoldung von Lehrkräften wird in dieser Wahlperiode eine wichtige Rolle spielen. Auch das ist ein Thema, das Julia Hamburg angesprochen hat. Das Thema beschäftigt uns als regierungstragende Fraktionen besonders. Wir haben es auch im Koalitionsvertrag verankert. Aber wir werden eines nicht machen: Wir werden jetzt nicht den Hebel in einem Schnellschuss umlegen und mal eben „A

13“ in den Haushalt hineinschreiben - rechtsunsicher und ungeklärt - oder mit einem Haushaltsantrag, wie die Grünen es machen, nur auf „GHR 300“-Lehrer bezogen, was einen Schlag ins Gesicht für alle anderen Lehrkräfte bedeuten würde, die auch in dem Bereich, in der Grundschule, die Leistungen bringen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Das gilt auch in Richtung der FDP, die das sehr fein ausformuliert für alle einzelnen Gruppen aufgezeigt hat. Aber auch hier vermisse ich den entsprechenden Vorschlag, wie das Ganze erfolgen soll. Sie arbeiten beide bei Ihrer Finanzierung mit Einmaleffekten. Nachhaltig ausfinanziert haben Sie dieses wichtige Thema nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren. Von daher ist das, was Sie hier, in diesem Bereich, betreiben, Lippenbekenntnis und Effekthascherei.

Wir werden eine Rechtsfolgenabschätzung vornehmen. Wir werden uns darüber Gedanken machen, wie wir einen sinnhaften Stufenplan - gegebenenfalls ab 2020, wenn wir Rechtssicherheit geschaffen haben - mit den Erkenntnissen der Arbeitszeitkommission, die auch auf dem Tisch liegen, umsetzen können. Wir haben kein Erkenntnisdefizit, sondern wir werden jetzt mit der Behebung des Umsetzungsdefizits starten. Wir werden ein Gesamtpaket für Entlastung und Besoldung herstellen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Aber bitteschön rechtssicher und sauber und vor allen Dingen sauber durchfinanziert.

Wir sollten auch bundesweit einen Blick darauf werfen - denn wir leben nicht auf der Insel der Glückseligkeit; der Begriff ist hier heute Morgen gefallen -, wie wir etwas in den Kontext stellen können, meine sehr geehrten Damen und Herren. Was die Besoldung angeht, werden die Regierungsfractionen die entsprechende Antwort finden. Da können Sie sich sicher sein.

Multiprofessionalität an Schule. Das hat in Ihrer Rede, liebe Frau Hamburg, leider nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Multiprofessionalität an Schule ist für uns weiterhin wichtig. Deswegen bauen wir sie auch mit unseren Haushaltsanträgen aus. Wir werden 50 weitere Stellen für Multiprofessionalität in Schule auf den Weg bringen und werden sie sukzessive immer weiter ausbauen.

Über das Thema Demokratiebildung haben wir uns gestern unterhalten. Ich glaube, dass diese 500.000 Euro wichtig sind. Nachdem ich die Beiträge der AfD heute gehört habe, sind sie wichtiger denn je. Demokratiebildung an Schule ist ein sehr wichtiges und ein sehr deutliches Ziel, das wir haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, und ein unverzichtbarer Bestandteil von Schule.

Wenn ich auf die AfD und ihre Haushaltsanträge schaue, kann ich feststellen, dass das ein wahres Streichkonzert in den Einzelplänen 05, 06 und 07 ist. Ihnen ist lebenslanges Lernen nicht wichtig, Ihnen ist Demokratie nicht wichtig, Ihnen ist Beteiligung nicht wichtig. Aber Sie wollen vor allen Dingen Menschen mit Migrationshintergrund ausgrenzen. Den Weg werden wir nicht mitgehen. Wir werden dafür sorgen, dass entsprechende Kürzungen nicht stattfinden können und wir hier keinen Radikalschnitt machen.

Wir werden die Extremismusprävention in Niedersachsen deutlich weiter ausbauen - auch das ist ein sehr, sehr wichtiger Punkt - und den Etat an der Stelle auf 3,7 Millionen Euro steigern, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Das Thema Digitalisierung ist ein wichtiges Thema. An der Stelle haben wir den Ansatz deutlich um 125.000 Euro erhöht. Das Land jedenfalls - der Kollege Raulfs hat dazu gestern schon eine bemerkenswerte Rede gehalten - ist bereit für den Digitalpakt. Wenn die bundeseinheitlichen Regelungen vorliegen, werden wir in den Digitalpakt einsteigen können, um die Digitalisierung in Niedersachsen voranzubringen.

Wir brauchen eine langfristige Perspektive für die Bildung in der digitalisierten Welt, auch um kurzfristige Antworten auf die konkreten Herausforderungen vor Ort zu haben. Auch an der Stelle sind wir gut aufgestellt und mit unserer politischen Liste gut verankert.

Während die Opposition im Bereich der Kampagnen für Lehrkräftegewinnung und Schaffung zusätzlicher Fortbildungsangebote gnadenlos kürzen will, werden wir diesen Bereich weiter deutlich ausbauen, um mehr Lehrkräfte für Niedersachsen zu gewinnen.

Deswegen sind die 1,6 Millionen Euro gut angelegtes Geld für Qualifizierungsmaßnahmen in diesen wichtigen Bereich.

Alles das steht in einem Zusammenhang. Wir wollen einen gut aufgestellten Kultushaushalt haben. Wir wollen Bildung als gesamtpolitisches Projekt sehen. Deswegen ist dieser Etat ein guter Etat, ein richtungsweisender Etat.

Wir werden ihn für 2019 genau so verabschieden, damit Niedersachsen eine gute bildungspolitische Zukunft hat.

Herzlichen Dank.